

WIR für St. Urban

Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Otto Rauter
Gemeindevorstand Maximilian Kogler
und Kolleg:innen

An den
Gemeinderat der Gemeinde St. Urban
z. Hd. Herr Bgm. LAbg. Dietmar Rauter
persönlich 2x übergeben

St. Urban, am 10.03.2025

Abänderungsantrag

gem. § 41 Abs. (1), (2) K-AGO.

Die unterzeichnenden Gemeinderatsmitglieder stellen gem. § 41 Abs. (1), (2) K-AGO einen Abänderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 20 bei der Sitzung des Gemeinderates am 10.03.2025 – Schließung des Asylheims in der Urbanstraße 17 – Abänderung des Tagesordnungspunkt 20.

Begründung:

Das Asylheim in der Urbanstraße 17 besteht bereits seit Jahrzehnten in der Gemeinde St. Urban. Aufgrund der hohen Schüleranzahl mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft an der Volksschule steht nun jedoch seine Schließung im Raum. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt, dass derzeit 18 Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft und ohne Deutsch als Muttersprache die Volksschule besuchen. Von diesen 18 Kindern leben allerdings nur vier im Asylheim in der Urbanstraße 17. Die Mehrheit, nämlich elf Kinder, sind ukrainischer Staatsbürgerschaft und in Unterkünften wie dem ehemaligen St. Urbaner Hof oder dem Hotel Bellis untergebracht.

Im kommenden September wird erwartet, dass **neun/elf** weitere ausländische Kinder vom Kindergarten St. Urban in die Volksschule wechseln. Auch hier macht der Anteil ukrainischer Kinder mehr als die Hälfte aus. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass die Anzahl ukrainischer Schüler:innen in den letzten Jahren stark gestiegen ist, während die Zahl der Kinder aus dem Asylheim an der Volksschule stets gering war. Zudem muss angemerkt werden, dass die Prognose fürs kommende Schuljahr bereits gesunken ist und noch sinken kann. Zudem sollten Gespräche mit anderen Schulen geführt werden, um zu klären, ob diese bereit wären, einen Teil der ukrainischen Schüler:innen aufzunehmen. Dies würde dazu beitragen, Gruppenbildungen innerhalb der Schule zu vermeiden, den Austausch mit deutschsprachigen Schüler:innen zu fördern und somit die Integration sowie den Spracherwerb zu erleichtern.

Tatsächlich war die Volksschule in den vergangenen Jahren häufig auf Kinder aus dem Asylheim angewiesen, um den Betrieb von vier Klassen sicherzustellen. Der Besitzer des

WIR für St. Urban

Gemeinderatsfraktion

Heims, Herr Krassnig, wurde immer wieder seitens der Schule und der Gemeinde gebeten, ob er weitere Kinder unterbringen könne, um die erforderliche Schüler:innen-Zahl zu erreichen.

Daher stellt sich eine entscheidende Frage: Was passiert, wenn das Asylheim geschlossen wird und auch die ukrainischen Familien wieder wegziehen? In diesem Fall ist es sehr wahrscheinlich, dass die Volksschule St. Urban nur noch zwei oder drei Klassen führen kann – eine Entwicklung, die kaum im Interesse der Gemeinde sein kann.

In den letzten Jahren gab es zudem einen starken Zuzug von Menschen ukrainischer Staatsbürgerschaft. Im Ortskern der Gemeinde, im ehemaligen St. Urbaner Hof und im Hotel Bellis, leben mittlerweile über 150 Ukrainerinnen und Ukrainer. Dadurch hat sich im Zentrum von St. Urban eine deutliche ukrainische Gemeinschaft gebildet. Ohne dies zu bewerten, halten wir es für dringend notwendig, hier genau hinzusehen und Maßnahmen zu prüfen, um dieser Entwicklung aktiv entgegenzuwirken. Das Herzstück unserer Gemeinde kann nicht so aussehen!

Eine übereilte Entscheidung zur Schließung des Asylheims halten wir für nicht sinnvoll. Stattdessen sollte das Gespräch mit Herrn Krassnig gesucht werden, um gemeinsam eine tragfähige Lösung für die Zukunft des Heims zu erarbeiten, anstatt vorschnelle Maßnahmen zu ergreifen. Ein professionell geführtes Asylheim mit Platz für etwa 25 Personen stellt nicht das eigentliche Problem dar. Vielmehr liegt die Herausforderung in der unkontrollierten Zuwanderung ukrainischer Staatsbürger ins Ortszentrum. Zudem war die Wiedereröffnung des Heims bereits seit Längerem bekannt. Auch die Entwicklung der beiden ehemaligen Hotels ist nichts Neues. Dadurch hätte bereits früher das Gespräch mit Herrn Krassnig geführt werden können, um beispielsweise sicherzustellen, dass vorrangig Familien mit Kindern aufgenommen werden, die bereits alt genug sind, um eine Schule der Sekundarstufe I zu besuchen. Monatelang die Sanierung zu beobachten bis es wieder eröffnet wird, während die Entwicklung des ehemaligen St. Urbaner Hofes und Hotel Bellis über Jahre hinweg unbeachtet bleibt, um dann erst zu handeln, wenn die Schüler:innen bereits vor Ort sind und dann eine Schließung des viel kleineren Anteils in Betracht zu ziehen, ist keine nachhaltige Lösung.

In Betracht auf die Zuwanderung in den beiden ehemaligen Hotels ist nun der Bürgermeister gefordert, alle möglichen Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen. Dass mittlerweile fast 10 % der Bevölkerung einer einzelnen Nationalität angehören und sich diese Gemeinschaft im Zentrum von St. Urban konzentriert, stellt eine erhebliche Herausforderung für das soziale Gefüge der Gemeinde dar. Es ist daher notwendig, hier gezielt gegenzusteuern. Eine zentrale Frage, die sich hier stellt: Hätte in den vergangenen Jahren früher gehandelt werden müssen, um diese Entwicklung rechtzeitig zu verhindern? Wurden entscheidende Maßnahmen versäumt?

Eine übereilte Entscheidung zur Schließung des Asylheims halten wir für nicht sinnvoll. Stattdessen sollte das Gespräch mit Herrn Krassnig gesucht werden, um gemeinsam eine tragfähige Lösung für die Zukunft des Heims zu erarbeiten, anstatt vorschnelle Maßnahmen zu ergreifen. Ein professionell geführtes Asylheim mit Platz für etwa 25 Personen stellt nicht das eigentliche Problem dar. Vielmehr liegt die Herausforderung in der unkontrollierten Zuwanderung ukrainischer Staatsbürger:innen ins Ortszentrum.

Der Bürgermeister muss hier alle verfügbaren Maßnahmen ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dass nahezu 10 % der Bevölkerung einer einzigen Nationalität angehören und sich diese Gemeinschaft ausschließlich im Ortszentrum (somit ist der Anteil im Verhältnis der heimischen Bevölkerung dort viel höher) konzentriert, stellt eine große

WIR für St. Urban

Gemeinderatsfraktion

Herausforderung für das gesellschaftliche Miteinander dar und erfordert dringend eine durchdachte Lösung.

Zudem wurde das Asylheim vor Kurzem vollständig saniert und nach einem Brand neu errichtet. Die Sanierung war nicht zu übersehen und die Wiedereröffnung zum Asylheim keine Überraschung.

Darüber hinaus engagiert sich Herr Krassnig aktiv für die Bewohner des Heims. Er stellt sicher, dass die Kinder für die Schule ausgestattet sind und regelmäßig am Unterricht teilnehmen. Zudem hat er Einfluss darauf, welche Asylsuchenden im Heim untergebracht werden, und kann bei Bedarf entsprechende Maßnahmen ergreifen, einschließlich eines Verweises.

Im Gegensatz dazu fehlt eine solche Kontrolle beim ehemaligen St. Urbaner Hof und Hotel Bellis, was die Situation dort deutlich schwieriger macht.

Daher stellen wir einen Abänderungsantrag, der die Schließung des Asylheims vorerst nicht vorsieht. Stattdessen sollen klare Vereinbarungen über die künftige Führung und Nutzung des Heims getroffen werden. Zudem fordern wir den Bürgermeister auf, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der in St. Urban lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer zu reduzieren.

Es ergeht daher das Ersuchen an den Gemeinderat folgenden abgeänderten Beschluss zu fassen:

Der Bürgermeister soll Gespräche mit Herrn Krassnig aufnehmen, um folgende Vereinbarungen zu treffen:

- **Zukünftig sollen ausschließlich Familien und keine alleinstehenden Männer, insbesondere keine jungen Männer, aufgenommen werden.**
- **Es sollen nur noch Familien mit Kindern über dem Volksschulalter aufgenommen werden.**
- **Bereits bei kleinsten Auffälligkeiten sollen Verwarnungen oder Verweise ausgesprochen werden.**
- **Negative Vorfälle oder auffälliges Verhalten im Kindergarten und in der Volksschule sollen konsequent behandelt und ebenfalls mit Verwarnungen oder Verweisen geahndet werden.**
- **Vor der Aufnahme neuer Familien solle eine Abstimmung mit der Gemeinde erfolgen.**

Darüber hinaus wird die Gemeinde, insbesondere der Bürgermeister, dazu aufgefordert, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anzahl ukrainischer Staatsbürger:innen in St. Urban zu reduzieren.

Außerdem soll die Gemeinde den Austausch mit anderen Volksschulen suchen, um zu prüfen, ob eine Unterbringung eines Teils der ukrainischen Kinder an anderen Schulen möglich wäre.

Mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme und Erledigung,

WIR für St. Urban
Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Otto Rauter

Gemeindevorstand Maximilian Kogler

Weitere Kolleg:innen

Unterschrift des/der GR die den Antrag einbringen.